

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Mercredi matin, 05 septembre 2018

Chancellerie d'Etat

10 2018.RRGR.40 Postulat 011-2018 Brönnimann (Mittelhäusern, pvl)
Réforme gouvernementale : pour un canton de Berne dynamique

Der Vizepräsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt den Vorsitz.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 10, einer Motion von Grossrat Brönnimann. Ich übergebe ihm das Wort.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Es ist spürbar, dass etwas Unwichtigeres ansteht. Der Präsident hat den Vorsitz dem Vizepräsidenten übergeben, damit dieser etwas üben kann. Es gibt sicher einige unter Ihnen, die sich fragen, warum ich und die Grünliberalen schon wieder mit diesem Anliegen an Sie gelangen. Was haben diese gegen den Jura beziehungsweise den Berner Jura? – Ich kann Ihnen versichern: rein gar nichts! Genetisch betrachtet, bin ich selber zu 25 Prozent Jurassier beziehungsweise Neuenburger, um präzise zu sein. Gestern auf dem Fraktionsausflug waren wir Grünliberalen in Saint-Imier und besichtigten dort das «Technopôle», was sehr interessant war. Dabei haben wir mitbekommen, dass der Berner Jura über die höchste Arbeitsplatzdichte im industriellen Bereich verfügt, nämlich über 40 Prozent. Dort weht ein etwas anderer Wind als im restlichen Kanton. Dort spürt man den Weltmarkt, wenn er hustet.

Worum geht es mir in diesem Vorstoss? – Er entspricht meiner tiefen Sorge über den Kanton Bern und gleichzeitig der Hoffnung, dass wir mit der neuen Regierung eine Situation vorfinden, in welcher wir uns dynamischer aufstellen können. Gestern wurde meine Hoffnung bereits etwas gedämpft, als wir die Motion von Jan Gnägi diskutierten. Diese war ja sehr offen formuliert und schaffte es als Motion trotzdem nicht. Ich verstand danach die Welt nicht mehr. In diesem Saal bestreitet wohl niemand, dass wir ein Problem der Wachstumsschwäche haben. Dies stört mich auch an der Antwort des Regierungsrats auf meinen Vorstoss. Er tut so, als ob wir kein besonderes Problem hätten und alles in Ordnung sei. Alles hat sich scheinbar bewährt, und es gibt nichts zu ändern. Dies ist eben nicht der Fall. In den letzten zwanzig Jahren hat es sich eben nicht bewährt. Ich werde dies noch erläutern. Der Kanton Bern hat im Vergleich zu anderen Kantonen einfach schlecht abgeschnitten.

Ich nehme Stellung zur Antwort des Regierungsrats und beginne bei Punkt 3. Zuhanden des Protokolls erwähne ich, dass ich punktweise Abstimmung verlange. Ich beginne hinten bei Punkt 3. Es ist ein Fakt, dass der Jurasitz zum «Mehrheitsmachersitz» im Kanton Bern geworden ist. Scheinbar wurde dies von den Parteizentralen gewünscht. Ich halte an der Ansicht fest, dass es nicht gut war, als wir aufgrund des Regierungssitzes des Berner Juras noch über eine rotgrüne Regierungsmehrheit verfügten; es ist auch heute zu Zeiten einer bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat nicht gut. Es geht nicht an, dass in einem Wahlkreis von knapp 50 000 Einwohnern über die Regierungsmehrheit in einem Kanton mit über 1 Mio. Einwohnern entschieden wird. Dies hat nichts mehr mit einem Minderheitenschutz zu tun, sondern ist aus meiner Sicht nicht demokratisch.

Ich gehe zu Punkt 2 über: Wie der Staatsschreiber in seiner Antwort schreibt, ist es wahr, dass sich die Parteien auf den freiwilligen Proporz geeinigt haben. Wie er aber daraus konstruiert, dies sei ein Argument für ein Majorzwahlverfahren, welches schon lange keines mehr ist, hat sich mir nicht erschlossen. Es ist eine Tatsache, dass die Regierungsratskandidaten im Kanton Bern in den Parteivorständen und nicht mehr von den Bürgern gewählt werden. Es gab acht Kandidaten mit einer realistischen Wahlchance. Wir Bürger hatten nur die Wahl, zu bestimmen, wer die Vertretung

des Berner Juras übernimmt. Damit haben wir gleichzeitig auch die Mehrheit bestimmt. Ich sage damit nicht einmal, ob dies gut oder schlecht ist. Vielleicht wählen die Parteivorstände ja bessere Leute aus, als dies die Bürgerinnen und Bürger könnten. Aber es ist nicht demokratisch und entspricht nicht meinem Demokratieverständnis. Es hat eher einen Touch von Parteioligarchie. Welches sind die Folgen? – Im Kanton Bern ist ein gewählter Regierungsrat auf immer gewählt. Mit diesem System und dieser Kultur kann er gar nicht abgewählt werden. Dies ist aus dem Blickwinkel der demokratischen Kontrolle nicht gut. Es gibt keine innerparteiliche Konkurrenz. Ich gehöre nun mal zu jenen, die finden, dass Konkurrenz das Geschäft belebt, dies sogar innerparteilich. Es gibt eine Tendenz zur Blockbildung, was niemand bestreiten kann. Diese Blockbildung existiert vor allem auch im Berner Jura. Diesem ist damit auch nicht gedient. Gestern erlebten wir bei unserem Besuch, wie den meisten Leuten – anders als hier im Grossen Rat – die Diskussion über Pro-Berner, «autonomistes» und weiss ich was gleichgültig ist. Sie wünschen sich einen dynamischen Kanton Bern, damit sie als Randregion davon profitieren, wenn die Wirtschaft läuft. Darauf sind sie mit ihrer Industrie angewiesen. Als Randbemerkung für all jene, die glauben, ich verträte diese Haltung hier nur pro domo, damit die Mitte einen Sitz habe: Es ist eine Tatsache und gleichzeitig eine Randerscheinung, dass mit dem heutigen System die Mitte über null Chancen verfügt, auch einmal in der Regierung vertreten zu sein.

Ich komme zu Punkt 1 und der Antwort des Regierungsrats. Dort unterstellt er einen Widerspruch zwischen meinem Vorstoss und der Motion Luginbühl (*M 269-2015*), die eine Direktionsreform verlangt. Ich erkenne diesen Widerspruch nicht. Ich sehe aber, dass sich die Direktionsreform je länger, desto mehr zu einem Rohrkrepiere entwickelt. Von einer Aufspaltung der GEF und von einer echten Spitalreform spricht heute schon niemand mehr. Im Kanton Zürich wurde vor zwanzig Jahren eine Reform durchgeführt, die nicht nur einem «Reförmchen» gleichkam. Heute werden die Früchte geerntet. Der Kanton Zürich verfügt heute über ein qualitativ besseres Gesundheitssystem zu günstigeren Fallkosten als der Kanton Bern. Dafür lese ich, dass in der jetzigen Direktionsreform die VOL mit der Energie angereichert werden soll, damit der zuständige Regierungsrat doch noch etwas zu tun hat. Mir wird wohl kaum jemand bei der Behauptung widersprechen, die Energie gehöre in die BVE. Dies war bereits zu Zeiten der Fall, als die BVE sich in den Händen der SP befand, und dies soll auch zu Zeiten so bleiben, in welchen Erstere eine Direktion der SVP ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich im Text meines Vorstosses nichts darüber gesagt habe, der Regierungsrat solle aus neun Mitgliedern bestehen. Ebenso wenig habe ich gesagt, man solle ein vierjähriges Regierungspräsidium einführen. Ich habe lediglich Ideen präsentiert. Falls man hinsichtlich der Jurafrage die betreffende Minderheit so stark zu vertreten gedenkt, dass man ihr eigene Sitze zugesteht, dann müsste man sich auch davon lösen, sich mit allen anderen Kantonen zu vergleichen. Wir haben es tatsächlich mit einer einzigartigen Situation zu tun. Aber der Regierungsrat wollte mich bei meiner Idee scheinbar auf die Begründung behaften und nicht darauf, was ich wirklich gefordert habe. Ich bin überzeugt, dass das Problem des Kantons Bern weder in seiner Grösse noch in seinem landwirtschaftlichen Charakter liegt, wie dies immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt wird, sondern in seiner mangelnden Dynamik. Sowohl von Saint-Imier als auch von Interlaken aus gelangt man innert zwei Stunden an einen internationalen Flughafen, teilweise sogar an mehrere. Es gibt unzählige Regionen in Europa, die diese Möglichkeit nicht haben. Auch von Saint-Imier und von Interlaken aus ist man innert einer Stunde an einer Universität oder einer Fachhochschule. Dies sind eigentlich hervorragende Voraussetzungen. Das Schöne an unserer heutigen Welt, in welcher alles so dynamisch ist, ist die Tatsache, dass Industrien zwar innert zehn Jahren zusammenbrechen, aber auch innert zehn Jahren neu entstehen und sich neu erfinden können. Hier könnten wir von unseren Nachbarkantonen doch einiges lernen. Ich habe den Kanton Zürich genannt und die Reform im Spitalbereich erwähnt. Schauen Sie einmal, wie die ETH und die Universität im Kanton Zürich auf Life Sciences fokussiert haben. Vor zehn oder fünfzehn Jahren war Schlieren/ZH noch dafür bekannt, dass alle Gebrauchtwagenhändler dort ihre Läden hatten. Heute ist Schlieren dafür bekannt, innerhalb der Schweiz am meisten Biotech-Start-ups zu beherbergen. Man spricht beinahe schon von einem «Bio Valley». Dies könnte im Kanton Bern doch auch passieren. Aber der Regierungsrat des Kantons Zürich übernahm eben die Leadership. Als der Bund mit den Geldern für den Tiefbahnhof zögerte, beschloss der Regierungsrat des Kantons Zürich, diesen vorzufinanzieren und zu bauen.

Was tun wir im Kanton Bern aktuell? – Wir bauen einen Tiefbahnhof in Form eines Sackbahnhofs. Dabei muss man sich schon fast an den Kopf greifen. Es wird unter Ihnen sicher einige geben, die der Meinung sind, wir könnten uns nicht mit Zürich vergleichen. In Zürich hätten sie eben einen Flughafen und sprächen schneller; dort sei man nun mal etwas fixer. Ich glaube dies nicht. Ich

vergleiche den Kanton Bern noch viel mehr mit dem Kanton Waadt. Vor etwa 25 Jahren war der Kanton Waadt etwa gleich verschlafen wie der Kanton Bern. Was heute als hochangesehene ETH Lausanne brilliert, weltweit unter den zwanzig bis dreissig Topuniversitäten figuriert, im Bereich Life Sciences unter den Top Ten und unter den aufstrebenden Universitäten laut «Times Higher Education (THE)»-Ranking die Nummer eins ist, war einst nicht viel mehr als unser Technikum in Biel. Die Universität Lausanne war noch schlechter als die Universität Bern. Dann aber rauchten sich die Verantwortlichen zusammen, verlegten den naturwissenschaftlichen Teil dorthin und machten etwas Grossartiges daraus. Dies war nur möglich, weil es Menschen – darunter die Regierungsräte – gab, die daran glaubten und eine Zehnjahresstrategie erstellten. Wir sollten uns am Kanton Waadt orientieren. Dieser nahm 2002 eine Verfassungsreform vor, die eine fünfjährige Legislatur, ein Regierungspräsidium, ein Legislaturprogramm und die Einführung eines Rechnungshofs beinhaltete. Warum können wir dies nicht auch tun? – Gestern endete unser Besuch mit dem Slogan der Haute Ecole Arc (HE-Arc): «Osez, pensez, créez!». Ich rufe den Regierungsrat und Sie dazu auf, meinen Vorstoss zumindest als Postulat zu überweisen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Vielleicht haben Sie es bemerkt: Ich habe Grossrat Brönnimann nicht länger sprechen lassen, weil er derselben Partei angehört, sondern weil er gleichzeitig das Fraktionsvotum abgegeben hat. Insgesamt dauerte dies genau zehn Minuten. Ich möchte den Kollegen Brönnimann aber darauf aufmerksam machen, dass wir im Grossen Rat selbstverständlich keine unwichtigen Geschäfte behandeln und somit die Anwesenheit von uns zweien hier oben auf dem Bock keine politische Aussage ist. Pour la Députation, Peter Gasser.

Peter Gasser, Bévillard (PSA). Au nom de la Députation francophone, je vous recommande de refuser le troisième point de ce postulat. Grâce à sa loi sur le statut particulier, le canton de Berne dispose d'un outil législatif qui permet à sa minorité francophone d'avoir une conseillère ou un conseiller d'Etat représentant sa population. En effet, grâce à l'artifice de la moyenne géométrique, la partie germanophone ne peut pas imposer un candidat ou une candidate au Jura bernois, puisque celle-ci ou celui-ci doit obtenir la plus grande partie de ses voix dans notre région. Contrairement à ce qu'affirme l'auteur de la motion, je ne considère pas cette disposition comme un privilège accordé aux francophones du Jura bernois, mais bien plus comme la reconnaissance d'une deuxième culture dans notre canton qui n'a pas le statut de petit strapontin, mais bel et bien de partenaire à part entière. Jusqu'à présent, le Grand Conseil bernois a reconnu l'importance de cette particularité dans son système politique. En effet, ce traitement constitutionnel d'une minorité linguistique témoigne d'une grande sensibilité démocratique. J'aime affirmer que la sagesse d'une majorité se mesure à l'aune du respect et de la place laissée à sa minorité. Dans le système proposé, l'auteur propose de conserver deux sièges réservés aux francophones de l'ensemble du canton. Et c'est bien ici que le bât blesse, puisque la garantie actuelle du siège dévolu au Jura bernois serait étendue sur l'ensemble de la minorité francophone cantonale. C'est évidemment un changement de paradigme total.

En clair, cela signifie pour le Jura bernois non plus un fauteuil garanti, mais un «peut-être», car les électeurs pourraient, par exemple, voter majoritairement pour des élus biennois ou bernois francophones. Autre point de divergence avec notre collègue député: l'affirmation selon laquelle le siège francophone, c'est le siège qui détermine la majorité gouvernementale. En observant l'actuelle composition du gouvernement, on pourrait penser qu'il en est ainsi. Mais cette analyse ne tient pas compte des autres membres du gouvernement germanophones. Chacun contribue à sa manière à faire pencher l'exécutif d'un côté ou de l'autre. Permettez-moi de faire la comparaison avec l'école. Lorsqu'un élève est finalement insuffisant dans une discipline, ce n'est pour ainsi dire jamais à cause d'un seul résultat négatif, mais dû à l'ensemble des résultats qui traduit le manque de compétence de l'élève en question.

Enfin, comme je le relevais déjà lors de la session précédente, à propos du nombre de sièges de députés garanti au Jura bernois, dans la situation actuelle, il serait pour le moins maladroit de modifier la représentativité du Jura bernois, alors que les promesses pour un statut quo plus ont été faites à cette population lors des dernières votations en lien avec l'appartenance cantonale. Jusqu'à présent, le Grand Conseil a régulièrement confirmé, chaque fois qu'une motion demandait un changement de paradigme, sa volonté de conserver le système actuel. J'espère qu'il en soit toujours ainsi. C'est la meilleure preuve de reconnaissance que vous pouvez adresser à la population du Jura bernois. C'est entre autres pour ces raisons que la Députation francophone vous

invite dans sa totalité à rejeter le chiffre 3 de ce postulat. Je vous remercie pour votre attention et pour votre soutien.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Mehr Dynamik für den Kanton Bern – dieser Appell klingt ohnehin immer gut. Ich bin nicht einer, der es toll findet, sich immer in Minderwertigkeitskomplexen gegenüber den Zürchern, den Ostschweizern oder wem auch immer zu wälzen. Man darf aber sicher feststellen, dass für den Kanton Bern etwas mehr Dynamik sicher wünschenswert wäre. Zurzeit ist eine Regierungsreform in Gang, wenn auch eine kleine. *(Der Vizepräsident unterbricht den Redner kurz infolge eines technischen Problems bei der Simultandolmetschung.)* Man darf sicher geteilter Meinung darüber sein, ob daraus tatsächlich viel mehr Dynamik resultiert.

Ich habe den Ausführungen des Kollegen Brönnimann mit viel Aufmerksamkeit zugehört. Ich finde, dass er sehr spannende Aussagen über die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Kantone im Vergleich mit dem Kanton Bern gemacht hat. Er hat erwähnt, wie man Spezialitäten entwickeln und Stärken der Wirtschaft herausstreichen kann, aber auch darüber gesprochen, wie man versuchen kann, auf gesellschaftlicher Ebene Schwächen auszubügeln. Wir haben dies bereits gestern diskutiert. Mir fehlt etwas der direkte Zusammenhang zwischen diesen äusserst spannenden Ausführungen einerseits und der Regierungsstruktur beziehungsweise der Regierungsorganisationsform andererseits. Darüber hätte ich gern Genaueres erfahren; ich erkenne die direkten Zusammenhänge diesbezüglich nicht. Ein Regierungspräsidium über längere Zeit könnte sich allenfalls als interessant erweisen. Wir können aber nach Basel schielen, wo sich dies nicht bewährt hat. In dieser Hinsicht wird dort nicht gerade Schlange gestanden, weil es nicht als besonders attraktiv betrachtet wird, nur Präsidentin oder Präsident einer Regierung zu sein.

Punkt 2 zur Proporzwahl: Auch darüber lässt sich immer wieder diskutieren. Im Kanton Bern haben wir verschiedene Städte, in welchen die Regierungen im Proporz gewählt werden. Im Kanton wird die Regierung im Majorz gewählt. Ist man als Partei selber an der Regierung beteiligt, findet man dieses Wahlverfahren gut; ist man es nicht, findet man es weniger gut. Tatsache ist, dass in einer Majorzwahl eher Köpfe gewählt werden können. Insofern erkenne ich nicht unbedingt einen grossen Nachteil für kleine Parteien. Auch sie können profilierte Köpfe zur Wahl stellen und bisweilen durchbringen.

Über den dritten Punkt verliere ich ebenfalls nicht mehr viele Worte. Wir haben in der letzten Session ausführlich darüber debattiert, ob an diesem System der frankophonen Vertretung zugunsten oder zulasten der bernjurassischen Vertretung geschraubt werden soll oder nicht. Der Grosse Rat war mehrheitlich der Meinung, dies sei nicht zielführend. Ich glaube, dass wir nicht wieder die gesamte Debatte von Neuem aufrollen müssen.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt, der nur in der Begründung erwähnt wurde. Er betrifft die Erwägung, dass man alle Änderungen, die im Postulat vorgeschlagen werden, nur realisieren kann, wenn die Regierung von sieben auf neun Mitglieder vergrössert wird. Damit gelangten wir aber an einen Punkt, der völlig quer in der Schweizer Politlandschaft stünde. Der Kanton Bern war der letzte Kanton, der die neunköpfige Regierung abschaffte und sie auf eine siebenköpfige reduzierte. Mit der Erhöhung der Anzahl Regierungsmitglieder auf neun wären wir die einzigen, die dies so handhabten. Ob ein grösseres Gremium wirklich eine grössere Dynamik entfalten würde, wage ich zu bezweifeln, ganz abgesehen davon, dass ein solches Regierungssystem komplexer und teurer würde und schliesslich dem Ziel der Dynamisierung nicht diene. Seitens der Grünen folgen wir deshalb dem Regierungsrat und lehnen das Postulat ab.

Jan Gnägi, Walperswil (BDP). Regierungsreformen für einen dynamischen Kanton Bern werden im Postulat von Thomas Brönnimann gefordert. Dynamischer Kanton Bern: Dies klingt gut. Gestern haben wir mit meiner Motion in eine ähnliche Stossrichtung starten wollen. Beim hier vorliegenden Postulat haben wir allerdings starke Zweifel, ob die Vorschläge, die in der Begründung gemacht werden, denn auch wirklich zu mehr Dynamik führten. Dies als Einleitung dazu, wie die BDP-Fraktion über diesen Vorstoss denkt.

In diesen Vorstoss, lieber Thomas Brönnimann, haben Sie derart viele Punkte gepackt, dass fast alle etwas finden, wogegen sie etwas haben können. Zugegebenermassen habe ich gestern eher offen formuliert und bin damit auch nicht durchgekommen. Vielleicht ist die jetzige Strategie Erfolg versprechender. Das Thema Jurasitz hatten wir in der letzten Session aufgrund zweier Vorstösse bereits intensiv diskutiert. Wir kamen dabei zum Schluss, nichts daran zu ändern. Dies hat sich für die BDP-Fraktion inzwischen nicht geändert. Ihr Postulat habe ich auch nicht so verstanden, dass

es primär um das Thema Jurasitz geht. Die Idee der Proporzwahl ist relativ neu; mir ist jedenfalls nicht bewusst, dass wir in den letzten Jahren hier darüber diskutiert hätten.

Persönlich finde ich Proporzahlen für Exekutivämter immer etwas speziell. Ich weiss nicht einmal, ob dies der BDP zum Vor- oder Nachteil gereichen würde, da ich es nicht berechnet habe. Es ist aber für unsere Haltung zu diesem Thema auch nicht ausschlaggebend. Wichtig ist für uns, dass Regierungsmitglieder eine breite, demokratische Abstützung geniessen dürfen. Diese ist bei einer Majorzwahl eher gegeben als bei einer Wahl im Proporz. Im Fall des Proporz träte auch die Situation ein, dass beim vorzeitigen Rücktritt eines Regierungsmitglieds nicht eine Neuwahl stattfinden, sondern eine Person nachrutschen würde, die bei den Wahlen unter Umständen deutlich weniger Stimmen erhalten hat als die Person, die zurückgetreten ist. Weiter hätte dies zur Folge, dass die Wahl dieser nachrutschenden Person bereits einige Zeit vorher stattgefunden hätte. Ein nachrutschender Regierungsrat würde also aufgrund seines Resultats nachrutschen, das er bei den Wahlen vor zwei oder drei Jahren erzielt hat. Diese Situation finden wir etwas unglücklich.

Für die Grundhaltung dieser Motion, also das Anliegen einer dynamischen Regierung, hegt die BDP, wie gesagt, natürlich Sympathien. Dafür haben wir aber bekanntlich eine andere Strategie gewählt. Eine der einzigen Motionen, wenn nicht die einzige überwiesene Motion zum Themenbereich Regierungsreform, ist diejenige von Anita Luginbühl, die eine Direktionsreform forderte. An dieser Motion hat sich auch die glp beteiligt. Wir haben diese noch nicht abgeschrieben, wollen diesen Weg weiter beschreiten und diese Stossrichtung weiterverfolgen. Wir befürchten ein bisschen, dass die Überweisung eines Postulats, die auch einen Bericht zur Folge hätte, diese Stossrichtung verzögerte. Deshalb unterstützen wir dieses Postulat nicht und wollen unseren gewählten Weg weitergehen.

Virginie Heyer, Perrefitte (FDP). L'auteur du postulat demande trois choses pour lesquelles le groupe PLR estime que le train est passé. Le projet de réforme des directions est en cours, et il faut laisser une chance à ce projet qui est en consultation et qui doit permettre de mieux répartir les tâches et diminuer les interfaces entre les directions. Il ne servirait à rien de recommencer la réflexion à ce stade en intégrant l'idée d'un régime présidentiel ou celle d'une augmentation du nombre de membres au gouvernement. A l'heure de la rationalisation des coûts, cela serait un nonsense. Quant au système d'élection à la proportionnelle, le Conseil-exécutif s'est déjà penché sur la question par le passé, et nous n'allons pas y revenir en détail. Nous relevons seulement que le système majoritaire donne une plus grande légitimité démocratique et conserve donc tout son sens pour une élection au gouvernement. Finalement, au sujet de la réforme du siège garanti du Jura bernois, il y a eu de différents débats lors de la session de juin. Il est impératif pour la cohésion de notre canton que la minorité linguistique et régionale soit protégée, et que la volonté de la population du Jura bernois soit considérée de la meilleure des manières. Nous estimons aussi que le fait que la majorité au gouvernement ait été déterminée dans le Jura bernois lors des dernières législatures est une conséquence de la situation politique dans tout le canton de Berne et non pas inhérente au système. Nous proposons donc tout comme le Conseil-exécutif de rejeter le postulat dans son ensemble.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Graf das Wort.

Urs Graf, Interlaken (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt das Postulat in allen drei Punkten ab. Die Dynamik des Kantons Bern kann mit dem bestehenden oder angedachten Regierungssystem eintreten oder auch nicht. Es hängt nicht von der angedachten Änderung ab. Der Postulant verlangt implizit oder explizit vier Punkte: Proporz statt Majorz, Präsidialsystem, Erhöhung der Zahl der Regierungsratsmitglieder, Neuregelung des Jurasitzes. Zu Punkt 1: Die SP schliesst sich der Antwort des Regierungsrats an und vertritt die Meinung, dass der Majorz das bessere Wahlsystem ist, weil bei einem Rücktritt Neuwahlen erforderlich sind. Der Postulant hat gesagt, dass die Parteiversammlung beim Majorzsystem einen grossen Einfluss habe. Dies ist richtig; dieser Einfluss kann allerdings auch beim Proporzsystem vorliegen, indem Listenplätze vergeben und Kumulationen vorgenommen werden. Es ist auch nicht schlecht, wenn sich ein Kandidat in seiner Partei durchsetzen muss.

Zum Präsidialsystem: Es ist richtig, dass das Präsidialsystem einige Vorteile aufweisen würde, insbesondere im Aussenkontakt. Die Nachteile überwiegen indessen. Die Wahrnehmung der Regierung würde sich mehr auf eine Person konzentrieren, was vielleicht das Kollegialsystem und die faktisch gelebte Konkordanz gefährden könnte. Die übrigen Regierungsräte würden vielleicht noch pointierter ihre Direktion vertreten, weil sie die Rolle des Präsidenten nicht ausübten. Die Erhöhung von sieben auf neun Regierungsmitglieder hat sehr viel mit dem Proporzsystem zu tun

und den Chancen der kleinen und mittleren Parteien, ebenfalls einen Sitz in der Regierung zu erhalten. Auch dies lehnt die SP ab.

Über die Jurafrage haben wir in der letzten Session diskutiert. Auch diesen Punkt lehnt die SP ab. Ich glaube nicht, dass dieses Regierungssystem dazu führt, den Nationalrat oder die ETH in den Kanton Bern zu führen, wie Sie dies implizit dargestellt haben. Dieser Zusammenhang verschliesst sich mir.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich beginne gleich mit dem dritten Punkt, der uns der wesentlichste zu sein scheint. Ich kann es kurz machen: Die Begründung des Postulanten, wonach die Jurafrage demokratisch entschieden und gelöst sei, teilen wir nicht. Sie ist noch längstens nicht gelöst, und es steht ein sehr langer, harter Weg bevor, bis der Entscheid, der von einigen Gemeinden gefällt wurde, umgesetzt werden wird. Die EVP findet es den entschieden falschesten Zeitpunkt, um hier nochmals Öl in die Glut zu giessen. Deshalb lehnen wir diesen dritten Punkt ab, auch wenn richtigerweise festgestellt wurde, dass Sie nicht einfach die Abschaffung des garantierten Jurasitzes fordern, was wir zur Kenntnis genommen haben. Letztlich steckt aber wohl trotzdem diese Diskussion dahinter. Wir sind im Moment nicht dazu bereit, weiter darüber zu sprechen.

Beim ersten Punkt gibt es einen Teil der EVP-Fraktion, der Sympathien für die Idee zeigt, anstelle des jährlichen Rotationsprinzips über eine andere Form des Regierungspräsidiums nachzudenken. Ein Teil wird deshalb Ja zum Postulat sagen, weil es diese Idee wert wäre. Falls dieser Punkt durchkäme, was ohnehin nicht geschehen wird, soll der entsprechende Bericht kurz und bündig, aber bitte nicht hundertseitig erstellt werden.

Der zweite Punkt im Postulat ist gleichsam ein Evergreen der EVP. Bei diesem werden wir selbstverständlich hundertprozentig mithelfen. Wir haben es als kleinen Witz aufgefasst, wenn in der Antwort steht, gelegentlich würden auch Personen kleinerer Parteien gewählt. Ich bin schon lange in der bernischen Politik dabei. Vielleicht kann mir der Staatsschreiber ein Beispiel dafür nennen, dass dies im Kanton Bern auch schon einmal geschehen ist. Mir ist zumindest keines bekannt. Den zweiten Punkt unterstützen wir mit Überzeugung.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Ich kann es vorwegnehmen: Die SVP lehnt alle drei Punkte einstimmig ab. Ich glaube, dass dieses Parlament aber ab und zu einen Querdenker braucht. So müssen wir auch das vorliegende Postulat betrachten und diskutieren. Ich glaube, dass es einige Anregungen enthält, die man vertieft prüfen sollte. Gleichzeitig scheint mir der Postulant so viel zusammengemischt zu haben, dass er etwas weit übers Ziel hinausschiesst, wenn er den Titel «Regierungsreform für einen dynamischen Kanton Bern» benutzt. Ich komme kurz auf die einzelnen Punkte zu sprechen. Ich beginne mit Punkt 3. Zu diesem kann ich einfach sagen, dass die SVP zum Berner Jura steht. Wir wollen an diesem Sitz des Berner Juras nicht rütteln. Es wäre auch ein völlig falscher Zeitpunkt, nun hier wiederum Diskussionen rund um diesen Sitz zu führen. Wir lehnen diesen Punkt 3 also einstimmig ab.

Zu Punkt 2: Ich glaube nicht, dass eine Veränderung des Wahlsystems zur Dynamisierung des Kantons Bern beiträgt. Vielmehr denke ich, dass eine gewisse Verunsicherung und Instabilität entstehen könnten, wenn ein Riesenwettbewerb zwischen diesen Kandidaten entstünde. Ich glaube, dass Kontinuität mehr zur Dynamik beiträgt.

Ich komme zu Punkt 1: Für diesen haben wir alle gewisse Sympathien. Wir wissen, dass der Kanton Bern etwas dynamischer sein könnte. Wir wissen auch, dass im Moment eine Regierungsreform in Gang ist, falls man sie überhaupt so nennen kann. Ich denke vielmehr, dass es sich nicht um eine Reform, sondern um eine Optimierung der Arbeitsbelastung unserer Regierungsräte handelt. Ich begründe dies damit, dass dieser auch nicht eine strategische Arbeit zugrunde gelegt ist. Ob allerdings eine Aufstockung der Anzahl Regierungsräte Sinn macht, bezweifle ich. Über dieses Regierungssystem kann man durchaus diskutieren. Es gibt Kantone, die ein solches haben und damit recht erfolgreich sind. Ich glaube aber, dass dieser Prozess eingeleitet worden ist und darüber diskutiert wird, wie die BDP gesagt hat. Diesen Weg wird man weiter beschreiten. Deshalb lehnen wir auch den Punkt 1 ab.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Ich erteile das Wort Roland Benoit.

Roland Benoit, Corgémont (SVP). Je crois que à peu près tout a été dit ici à la tribune. Mais j'aimerais quand même relever ici certaines déclarations de notre collègue, Monsieur Brönnimann,

dans son postulat. Il commence par brosser le poil au Jura bernois en disant que son groupe a choisi comme course d'école le Jura bernois. Je vous en remercie. C'est bien de penser à nous, et que nous sommes une région dynamique. Ici, quand je vois le titre de votre postulat, «Réforme gouvernementale: pour un canton de Berne dynamique», ben, finalement, je conçois que vous êtes celui qui dit que le Jura bernois est la cause de ce non-dynamisme du canton. Parce que sinon, vous seriez en contradiction entre le fait d'augmenter un gouvernement – on sait quand qu'on augmente un gouvernement en personnes, on est moins dynamique. C'est le cas également pour les conseillers municipaux. Je constate également que Monsieur Brönnimann n'aime pas trop les minorités. Si on regarde un petit peu ce qui s'est passé les derniers temps, le parti vert-libéral est celui qui ne doit pas trop aimer le Jura bernois. Parce que je vois que vous aviez cosigné la motion de Monsieur Güntensperger, et finalement vous revenez à charge. Moi, je pensais que durant une législature, on peut uniquement déposer une motion ou un postulat, et vous revenez à charge dans la même législature, puisque ce postulat a été déposé le 24 janvier 2018. Donc, on prend acte que le parti des verts-libéraux ne nous aime pas. Vous tirez à boulets rouges sur le Jura bernois. Je ne comprends pas pourquoi. Je vous invite, chers collègues, à rejeter ce postulat à l'unanimité.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Es sind keine weiteren Einzelsprecher mehr angemeldet. Ich gehe davon aus, dass Sie, Grossrat Brönnimann, vor dem Staatsschreiber sprechen wollen.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Vielen Dank, liebe Kollegen, für die Diskussion. Manchmal ist die Diskussion viel wichtiger als die Frage, ob das Postulat überwiesen wird oder nicht. Zu Grossrat Benoit kann ich sagen: C'est un malentendu. Le Jura bernois est peut-être la région plus dynamique du canton de Berne, et peut-être ça ferait du bien au canton de Berne un peu plus du Jura bernois, de cette dynamique industrielle. Ich schliesse gleich bei Peter Gasser von der Députation an: Peter Gasser, Sie wissen, dass ich hier sogar für zwei von sieben Sitzen einstehen würde, wenn auch nicht für den Berner Jura, sondern für die «francophones». Ich habe auch keine Angst, dass sich gute Kandidaten aus dem Berner Jura nicht im gesamten Kanton durchsetzen könnten.

Zu Christoph Grupp, der den Vergleich mit Basel-Stadt angestellt hat, muss ich sagen, dass ich den Vergleich mit dem Waadtland gemacht habe. Dies ist bei Weitem nicht dasselbe wie ein Vergleich mit Basel-Stadt. Basel-Stadt verfügt über einen Präsidenten, der als Grüssonkel ohne Portefeuille fungiert. Im Kanton Waadt ist der Regierungspräsident der Finanzminister, Herr Pascal Broulis, der Druck ausübt. Jan Gnägi, Urs Graf und teilweise auch dem Staatsschreiber muss ich sagen, dass bei Proporzahlen nicht zwingend gleich jemand nachrutscht. Wir in Köniz haben für die Regierung schon lange Proporz, wobei es keine «Kronprinzenregelung» gibt, wie man es nennt. Dies müsste im Grunde auch der Staatsschreiber wissen; meines Wissens wohnt er in Wabern. Seine Verknüpfung ist also aus meiner Sicht schon beinahe bösartig und eine Unterstellung, die nicht der Wahrheit entspricht.

Virginie Heyer möchte ich mitteilen, dass ich nicht das Gefühl habe, der laufende Prozess entspreche einer Regierungsreform, sondern einer Direktions- und Verwaltungsreform. Markus Aebi hat dies noch pointiert zugespitzt. Hoffentlich kommt es noch anders heraus. Im Zentrum steht für mich, dass man sich auf ein Regierungsprogramm einigt. Wir haben zu grossen Teilen einen neugewählten Regierungsrat für die nächsten zehn Jahre. Ich frage mich einfach, wo im Kanton Bern die Personen sind, die im Waadtland Broulis oder Maillard heissen. Vielleicht heissen sie dann bei uns im Kanton Bern Allemann, Schnegg, Müller – wer weiss. Oder vielleicht übernimmt unsere Finanzministerin der BDP diese Rolle aus der Mitte, indem sie am Strick zieht und der Kanton Bern einen Zehnjahresfokus anvisiert. Tatsache ist, dass der Campus Ecublens steht und die Metro dort hinausfährt. In Biel beginnen wir erst zu bauen; ich glaube, dass es viel wichtiger für den Berner Jura ist, dass dieser Campus vom Boden abhebt. Bei allem Lob von gestern über die HE-Arc war ich trotzdem erstaunt zu hören, dass Biel irgendwie zur Berner Fachhochschule (BFH) und die HE-Arc nun mal zur Haute Ecole Spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) gehöre. Die beiden arbeiten offenbar nicht besonders zusammen. Ich glaube, daran sollte sich etwas ändern. Ich bin aber zuversichtlich, da mir jemand zugeflüstert hat, die Berner Regierung lasse sich nun von jemandem beraten, der früher auch schon die Waadtländer Regierung beraten habe. Dann kommt es ja vielleicht doch noch gut. Ich werde einmal mehr mit meinem Anliegen untergehen, aber ich werde wieder damit kommen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Das Wort hat der Staatsschreiber.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich möchte zu Beginn zwei Missverständnisse ausräumen. Zum ersten Missverständnis: Ich vertrete die Haltung des Regierungsrats, Thomas Brönnimann, und nicht die Haltung des Staatsschreibers. Dies sei erwähnt, weil Grossrat Brönnimann mir bereits entgegen wollte, bevor ich überhaupt das Wort ergriffen habe. Es ist also der Regierungsrat, der Ihnen die Ablehnung dieser Motion beantragt, und zwar in allen drei Punkten. Zum zweiten Missverständnis: Es ist nicht so, dass die Regierung des Kantons Bern der Meinung ist, es stehe alles zum Besten mit diesem Kanton, dieser müsse sich nicht weiterentwickeln und es gebe kein Wachstumsproblem in diesem Kanton. Dies ist nicht der Fall. Aber der Zusammenhang, den Grossrat Brönnimann in seiner Motion mit seiner Feststellung hergestellt hat, erschliesst sich wie vielen meiner Vorredner auch dem Regierungsrat nicht ganz. Der Bogen, den Grossrat Brönnimann gespannt hat, dass der RBS-Bahnhof nur als Kopfbahnhof geplant sei und dies bei einer Proporzwahl des Regierungsrats beziehungsweise mit neun Regierungsmitgliedern oder einem Präsidialsystem anders wäre: Dieser Zusammenhang erschliesst sich dem Regierungsrat nicht ganz. Die Motion verlangt eine Berichterstattung, und zwar eine umfassende Berichterstattung. Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung auch deshalb, weil zu diesen Punkten bereits umfassend Bericht erstattet worden ist.

Zum Punkt betreffend das Proporzwahlssystem: Es ist nicht so, wie Grossrat Jan Gnägi gesagt hat, es sei hier in letzter Zeit nicht darüber diskutiert worden ist. Im Juni 2015 war dies der Fall. Genau deshalb hat Ruedi Löffel auch gesagt, es handle sich um einen Evergreen. Damals wurde die entsprechende Motion von Philippe Messerli (*M 183-2014*) hier behandelt und ging mit nur 23 Ja-Stimmen unter. Der Grosse Rat sprach sich also klar gegen die Proporzwahl des Regierungsrats aus. Der Regierungsrat erstattete damals Bericht. Er ist der Meinung, dass man nicht bereits jetzt noch einmal dazu Gutachten und Berichte verfassen sollte.

Zum Präsidialsystem: Dieses ist in der Tat ein System, welches man immer wieder diskutieren kann. Auch dieses ist hier im Grossen Rat umfassend diskutiert worden, was allerdings etwas länger her ist. 2008 führte man diese grossen Reformdiskussionen unter anderem mit Gutachten, die eingeholt wurden. Es gibt Kantone, die dieses System anwenden, so der Kanton Genf. Dessen Regierung hat kürzlich Pierre Maudet zum Regierungspräsidenten gewählt; zudem wurden die Kantone Basel-Stadt und Waadt genannt. Es gibt also Kantone mit diesem Präsidialsystem, wenn auch nur sehr wenige. Auch der Bund kennt dieses nicht. Die Regierung ist auch hier weiterhin der Ansicht, dass alle Regierungsmitglieder, die auf gleiche Weise vom Volk gewählt worden sind, denselben Status haben sollten und sich dieser Turnus bewährt hat. Insbesondere das Präsidialsystem würde aus ihrer Sicht wohl auch nicht diese dynamische Entwicklung bewirken, wie es sich die Motion erhofft.

Zum Jurasitz wurde auch bereits etwas gesagt. Die Regierung pflichtet dem Votum von Grossrat Benoit bei. Auch dieses Thema wurde bereits in den Motionen Güntensperger (*M 265-2017*) und zuvor Hamdaoui (*M 024-2017*), zu welchen sich der Regierungsrat auch positioniert hat, behandelt. Dabei wurde dargelegt, welche Nachteile darin liegen und warum es nicht richtig wäre, wenn der garantierte Jurasitz nicht für den Berner Jura, sondern für die gesamte frankophone Bevölkerung gelten würde, und dies kein gutes System wäre. Der Regierungsrat lehnt auch diesen Punkt ab.

Was die Erhöhung auf neun Regierungsmitglieder betrifft, ist es richtig, dass dies nicht mit einer Ziffer so verlangt worden ist; aber implizit wird in der Begründung der Motion dargelegt, dass nur auf dem Weg der Erhöhung der Zahl der Regierungsmitglieder auf neun den Forderungen Nachachtung verschafft werden könne. Auch diese Erhöhung lehnt der Regierungsrat ab. Der Kanton Bern wäre der einzige Kanton in der gesamten Schweiz mit neun Regierungsmitgliedern. Es ist völlig klar, dass dies zu einer Kostensteigerung führen würde. Die zusätzlichen Regierungsmitglieder hätten ihren zusätzlichen Stab, ihre Infrastruktur, ihre Büros, was ohne Kostensteigerung nicht zu machen ist. Dies ist aus Sicht der Regierung nicht der richtige Weg, um diesen Kanton weiterzubringen. Deshalb: Ablehnung dieses Postulats in allen drei Punkten.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde punktweise Abstimmung verlangt. Infolgedessen kommen wir zu Punkt 1. Wer den Punkt 1 des Postulats annehmen möchte, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 13

Nein 130

Enthalten 2

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 1 mit 130 Nein- gegen 13 Ja- bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Wer den Punkt 2 annimmt, stimmt mit Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 25

Nein 116

Enthalten 2

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben auch den Punkt 2 dieses Postulats mit 116 Nein- gegen 25 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Wer den Punkt 3 annimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 6

Nein 136

Enthalten 5

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Auch der Punkt 3 wird mit 136 Nein- gegen 6 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.